

Seit Anfang 2012 unterstützt **adopt a revolution** den unbewaffneten Aufstand gegen die Assad-Diktatur und den Einfluss radikaler Islamisten. Hierzulande informiert die Initiative über die zivile Basisbewegung für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte.

ثوريّة adopt a revolution

DIE SYRISCHE ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKEN!

www.adoptrevolution.org

FOTO: RANDBILD.DE

DIE BEWOHNERINNEN VON DEIR AZ-ZOR MÜSSEN IN IHREM ALLTAG HÄUFIG IMPROVISIEREN: TRUPPEN DES ASSAD-REGIMES HABEN DIE BRÜCKE ÜBER DEN EUHRAT ZERSTÖRT.

Die Chemiewaffen überlebt, vom Hunger bedroht

EIN BERICHT AUS DAMASKUS VON DER MENSCHENRECHTSANWÄLTIN RAZAN ZAITOUNEH

Nach dem Chemiewaffenabkommen mit dem Assad-Regime schaut die Welt nun tatenlos zu, wie das syrische Regime die Überlebenden des Giftgas-Massakers systematisch aushungert.

Warum besteht der Westen darauf, unsere Toten und Verletzten so zu behandeln, als wären sie weniger wert als westliche BürgerInnen, als würden unsere Opfer keinen Respekt oder kein Mitgefühl verdienen?

Nach dem Giftgas-Massaker in den Vororten westlich und östlich von Damaskus glaubten wir, dass die Welt doch endlich unsere Interessen und Gefühle wahrnehmen würde. Wir konnten uns nicht vorstellen, dass die Welt beim Anblick von hunderten toten Kindern ausschließlich den eigenen Interessen folgen würde. Der Chemiewaffenangriff war eine Zäsur, nicht nur für die syrische Revolution, sondern auch in den Köpfen der SyrerInnen.

Ich wurde selbst Zeugin des Giftgas-Angriffs auf Ost-Ghouta, einen Vorort von Damaskus. Ich sah die Leichen von Männern, Frauen und Kindern in den Straßen liegen. Ich hörte die Schreie der Mütter, als sie die Leichen ihrer Kinder unter den Toten fanden.

Als Menschenrechtsaktivistin, die immer an die humanitären Prinzipien der Vereinten Nationen geglaubt hat, könnte ich stundenlang über die Erschütterung und Demütigung sprechen, die ich aufgrund der UN-Resolution zur Abrüstung der syrischen Chemiewaffen empfand. Diese Resolution impliziert, dass der Täter, Bashar al Assad, noch mindestens ein weiteres Jahr an der Macht bleibt – und das mit Dul-

dung der internationalen Gemeinschaft! Und sie verdeutlicht, dass für uns SyrerInnen die grundlegenden Prinzipien der Menschenrechte offenbar nicht gelten. Wenn ich schon so erschüttert bin, wie mag es den einfachen BürgerInnen Syriens ergehen, die nie an das Gebot universeller Menschenrechte geglaubt haben?

Doch die Welt geht in ihrer Missachtung des syrischen Leidens sogar noch weiter: Mit der Verleihung des diesjährigen Friedensnobelpreises an die Organisation für das Verbot chemischer Waffen zeigt der Westen, dass er seine moralisch-ethischen Verpflichtungen zugunsten der rechtlichen Verpflichtungen aufgegeben hat.

Gleichzeitig ist Assad, der wahre Kriminelle, frei – denn niemanden interessiert es.

Appelle sind nutzlos geworden. Es ist, als ob eine dicke Mauer alle Hilferufe an den »zivilisierten« Westen zurückhalten würde. Der Westen verschließt Augen und Ohren gegenüber den Wünschen und Hoffnungen der SyrerInnen, die so viel in diese Revolution investiert haben.

Auf eine paradoxe Weise wiederholen die westlichen Staaten das irakische Szenario: Unter dem Vorwand, Syrien gerade nicht in ein Irak-Szenario abrutschen zu lassen, weigern sie sich, das Notwendige zu tun. Damit tun sie nichts anderes, als der Zerstörung des syrischen Staates und der syrischen Gesellschaft unbeteiligt zuzuschauen. Die um sich greifende Zerstörung und die zerrütteten sozialen Strukturen werden auf Jahrzehnte hinaus jeglichen Raum für Wiederaufbau und Versöhnung verschließen.

Im März 2011 gingen die SyrerInnen in friedlichen Demonstrationen

auf die Straße, um ein freies demokratisches Syrien zu fordern. »Das syrische Volk ist eins!« war die Parole der Proteste. Doch anstatt diese friedliche, revolutionäre Bewegung zu unterstützen, hat der Westen geradezu auf konfessionelle Spaltungen gewartet. Obwohl wir keine Unterstützung bekommen, streiten wir weiter gegen das brutale und sektiererische Assad-Regime – genauso wie gegen dessen Versuche, ein gerechtes, einheitliches und freies Syrien zu verhindern.

Der Westen gibt vor, die Minderheiten in Syrien schützen zu wollen. Aber dem Regime gestattet er seit über zweieinhalb Jahren, einen konfessionellen Krieg gegen die Mehrheit der SyrerInnen zu führen.

Was will der Westen eigentlich in Syrien? Der Wunsch, die Chemiewaffen des Regimes zu zerstören und die Grenzen Israels zu sichern, ist völlig verständlich. Trotzdem sollte der Westen auch anhören, was die SyrerInnen wünschen. Diese Wünsche und Hoffnungen zu ignorieren, wird nur zu einem Scheitern aller westlichen Pläne führen. Denn keine Opposition, auch nicht diejenige, die als Exilregierung anerkannt wurde, kann die Beschlüsse der Großmächte umsetzen. Halb-gare Lösungen werden die rebellischen SyrerInnen nach all dem, was sie bislang erlitten haben, nicht akzeptieren.

Für den Westen wäre es deshalb sinnvoller, damit aufzuhören, die Massaker und unsere Opfer als nebensächlich anzusehen. Er sollte endlich beginnen zuzuhören.

Die SyrerInnen werden nicht vergessen, dass die internationale Gemeinschaft in der Lage war, das Regime zur Vernichtung seiner Chemiewaffen zu zwingen – aber nicht in der Lage ist, das Regime

zu zwingen, die Belagerung ganzer Städte zu beenden, in denen täglich Kinder an Hunger sterben. Dabei stimmt die Formulierung »nicht in der Lage sein« überhaupt nicht. Richtiger wäre: »er wollte nicht« oder »er war nicht interessiert«.

In Ghouta, wo ich derzeit lebe, sind in den drei Monaten nach den Giftgas-Einsätzen mindestens 23 Kinder an Unterernährung gestorben. Der Mangel an Lebensmitteln und Medikamenten ist das Ergebnis der Belagerung durch das Regime. Meine FreundInnen essen nur noch einmal am Tag Linsen, das einzige Lebensmittel, das in einigen der belagerten Stadtteile noch verfügbar ist. Doch für den Westen sind das »nebensächliche Details«, die ihn keinesfalls beunruhigen. Solche Nebensächlichkeiten müssen Thema der Konferenz Genf II sein. Deren TeilnehmerInnen dürfen keine allzu rosigen Vorstellungen davon haben, was in Syrien passiert. Alle SyrerInnen wollen, dass das Morden und Sterben ein Ende hat. Dafür müssen die Gründe behoben werden: Das brutale Assad-Regime muss auf die Macht verzichten – und die strategischen Interessen des Westens dürfen nicht über seinen menschlich-humanitären Werten stehen.

Übersetzung: Barbara Blaudzun

Razan Zaitouneh ist Sprecherin des Netzwerks der Lokalen Koordinationskomitees in Syrien (LCC). Die Anwältin und Aktivistin lebt in Ost-Ghouta und wurde mit mehreren internationalen Preisen ausgezeichnet, darunter der Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments. Die Langform dieses Textes erschien bei Damascus Bureau www.damascusbureau.org.

Der Aufstand ist gescheitert, die Zukunft hat begonnen

VON ADOPT A REVOLUTION

Die Revolution ist zum bewaffneten Kampf geworden, den keiner mehr gewinnen kann. Doch während das Ausland das Chaos in Syrien weiter anheizt, schafft die Eigeninitiative der Betroffenen längst eine andere Zukunft.

Kaum etwas ist vom Aufstand für Würde, Freiheit und Menschenrechte geblieben. An der friedlichen Protestbewegung, die für ihr Recht auf Selbstbestimmung demonstrierte, hat sich ein blutiger Bürgerkrieg entzündet, der auch entlang ethnischer und konfessioneller Grenzen ausgetragen wird. Aus dem Gegensatz zwischen Assad-Regime und Aufständischen ist ein multipolarer Konflikt mit einer Vielzahl verschiedener Fraktionen geworden.

»Eins, eins, eins, das syrische Volk ist eins!« war der hoffnungsvolle Slogan der unbewaffneten Revolte. Dieser verdeutlichte, dass bei den Protesten nicht eine Bevölkerungsschicht, eine Religionsgemeinschaft oder eine Ethnie auf die Straße ging. Alle sollten einbezogen werden. Ermutigt von den Ereignissen in Tunesien und Ägypten protestierten Hunderttausende, um das Assad-Regime nach über vierzig Jahren tyrannischer Herrschaft abzuschüteln. Die Zeit schien gekommen für ein Syrien der Freiheit, der Demokratie, das seine reiche kulturelle

und ethnische Vielfalt als gemeinsamen Wert erkennt.

Heute sind die Parolen von damals Geschichte und der Traum eines freiheitlichen Syriens verblasst. Dabei blieb der Aufstand lange friedlich, auch wenn auf viele Demonstrationen ein Begräbnis folgte. Erst nach Monaten der unbewaffneten, brutal unterdrückten Proteste begannen sich die Menschen auf den Straßen zu schützen – auch mit Waffen. Desertierte Soldaten gründeten die Freie Syrische Armee (FSA), der sich viele anschlossen.

Der unbewaffnete Aufstand gegen das Regime der Unterdrückung wurde zur blutigen Auseinandersetzung, die sich radikalisierte und konfessionalisierte. Neben dem Kampf der FSA gegen den Despoten sind längst zahlreiche andere Interessen getreten, die diesen Konflikt so kompliziert machen: Jetzt kämpfen Kurden gegen Islamisten, Islamisten gegen die säkulare Bevölkerung, die FSA gegen die Islamisten – aber teilweise auch mit ihnen gegen die Kurden. Und alle zusammen sind sie den Luftangriffen des Regimes schutzlos ausgeliefert. Der Kampf gegen Assad ist so in vielen Regionen Nordsyriens zum Nebenproblem geworden. Die AktivistInnen der Anfangszeit müssen sich jetzt vor der Unterdrückung durch

FORTSETZUNG AUF SEITE III →

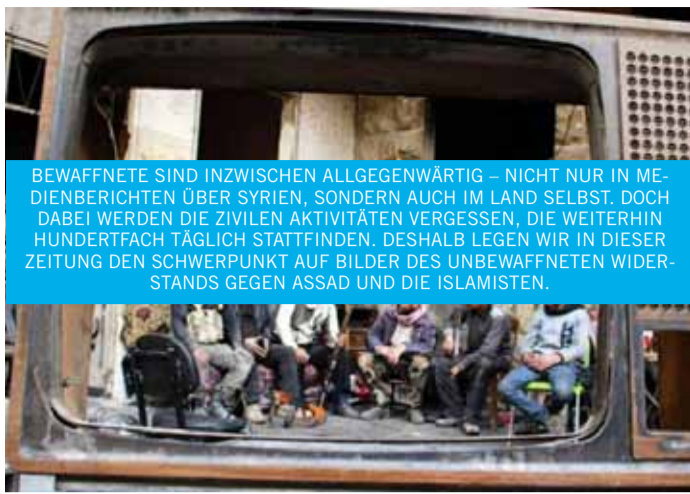
AktivistInnen, die von adopt a revolution unterstützt werden, schaffen zivilgesellschaftliche Projekte, setzen auf Dialog anstelle radikaler Gewalt und koordinieren Hilfe und Unterstützung für Verwundete und Flüchtlinge. Damit schaffen sie die Basis für eine neue syrische Gesellschaft.
Helfen Sie ihnen mit Ihrer Spende.



INFOS AUF SEITE IV →



EINE DEMONSTRATION IN ALEPPO FORDERT DIE FREILASSUNG DES HÄFTLINGS ABDUL WAHAB AL MALLA, DER VON DSCHIHADISTEN VON ISLAMISCHER STAAT IM IRAK UND SYRIEN (ISIS) GEFANGENGEHALTEN WIRD.



BEWAFFNETE SIND INZWISCHEN ALLGEGENWÄRTIG – NICHT NUR IN MEDIENBERICHTEN ÜBER SYRIEN, SONDERN AUCH IM LAND SELBST. DOCH DABEI WERDEN DIE ZIVILEN AKTIVITÄTEN VERGESSEN, DIE WEITERHIN HUNDERTFACH TÄGLICH STATTFINDEN. DESHALB LEGEN WIR IN DIESER ZEITUNG DEN SCHWERPUNKT AUF BILDER DES UNBEWAFFNETEN WIDERSTANDS GEGEN ASSAD UND DIE ISLAMISTEN.



NACH EINEM LUFTANGRIFF AUF EIN WOHNHAUS IN ALEPPO SUCHEN ANWOHNERINNEN NACH TOTEN UND VERLETZTEN. FOTO: THOMAS RASSLOFF

Dschihadistischer Massentourismus

WÄHREND SYRIEN ZUM TUMMELPLATZ INTERNATIONALER DSCHIHADISTEN WIRD, SCHAUT DIE TÜRKEI TATENLOS ZU. VON HANNAH WETTIG

Sie errichten »Emirate«, in denen Jeans, Alkohol und Zigaretten verboten sind. Sie entführen ausländische JournalistInnen, für »Nichtgläubige« stellen sie eine Lebensgefahr dar. Wer sich widersetzt, muss mit drakonischen Strafen rechnen, angeordnet von Scharia-Gerichten.

Dschihadisten haben an vielen Orten im Norden Syriens - rund um Aleppo und in der Provinz Raqqa - die Herrschaft übernommen. Wie zuvor unter dem tyrannischen Assad-Regime müssen sich JournalistInnen und AktivistInnen verstecken, um den global agierenden Dschihadisten zu entgehen. Gegen die kampferfahrenen und gut ausgerüsteten Gotteskrieger aus aller Welt ist die aus Syrern bestehende Freie Syrische Armee (FSA) oft machtlos. Die kämpft inzwischen vielerorts an zwei Fronten: gegen Assad und gegen die Dschihadisten.

Kriegsschauplätze im Nahen Osten ziehen Dschihadisten aus der ganzen Welt an. Ob Irak, Libyen oder Jemen: Anhänger von Al-Qaida und mit ihr assoziierte Gruppen

Der Dschihadist, ein Reisender, immer auf der Suche nach Ungläubigen, die er bekämpfen kann.

kämpfen überall. Ihre Ideologie des globalen Dschihad behauptet, der rechthgläubige Muslim müsse sich permanent im Heiligen Krieg befinden. Der Dschihadist ist daher ein Reisender, immer auf der Suche

nach Ungläubigen, die er bekämpfen kann. »Ungläubige« sind nach dieser Ideologie auch nichtpraktizierende Sunniten, schiitische Muslime, Christen und Demokraten. Seit Sommer 2012 haben tausende Radikalislamisten Syrien zum Reiseziel erkoren – und den Norden des Landes zu einer der gefährlichsten Regionen der Welt gemacht.

Diese Entwicklung kommt nicht von ungefähr. Die Grundlage für das Erstarken dschihadistischer Gruppen legte das Assad-Regime selbst. Im Irak unterstützte es schon dschihadistische Gruppen, die gegen die Amerikaner kämpften. Seit Beginn des Aufstands im Frühjahr 2011 entließ es Radikale aus den Gefängnissen, darunter Abu Musab Al-Suri. Al-Suri soll federführend bei der Planung der Londoner U-Bahn-Attentate gewesen sein und entwickelte die Ideologie des globalen Dschihads mit. War der Einfluss von Dschihadisten zu Beginn des Aufstands entgegen der fortwährenden Propaganda des Regimes gering, schuf Assad mit den Freilassungen die Beweise für seine Behauptungen.

Mit der Al Nusra-Brigade entstand eine erste dschihadistische Gruppe, die sich später Al Qaida anschloss. Heute hat in Nordsyrien die Gruppe des Islamischen Staat in Irak und Syrien (ISIS) die Macht an sich gerissen. Im Gegensatz zu Al Nusra, die mehrheitlich aus Syrern besteht, rekrutiert sich die ISIS vor allem aus global agierenden Dschihadisten.

Unterstützung in Form von Geld und Waffen bekommen sie von

Privatpersonen, vor allem aus den Golfstaaten. Ein Großteil der dschihadistischen Kämpfer gelangt über die Türkei nach Syrien. Das scheint durchaus gewollt. Blind für den Hintergrund der Kämpfer verfolgt

Radikalislamisten gelangen über die Türkei einfach nach Syrien

die türkische Regierung nur eine Strategie: Hauptsache, Assad fällt. Selbst Terroristen, die von Interpol gesucht werden, passieren die Übergänge und checken wie selbstverständlich an Flughäfen ein, wie jüngst der Spiegel berichtete. Westliche Geheimdienste verfolgen zwar sehr genau, wer sich aus Europa und Amerika nach Syrien aufmacht, und doch können selbst die Dschihadisten, die aus dem Westen kommen, recht ungehindert über die Türkei nach Syrien ein- und ausreisen.

Assad kommen die Extremisten ohnehin gerade recht, tut er doch alles, um seinen Kopf zu retten. Konflikte, die so zwischen verschiedenen Fraktionen seiner Gegner entstehen, stärken ihn und sein Argument, dass ohne ihn das Land zerfallen würde. Dass Dschihadisten auch die Alawiten, denen er angehört, als Ungläubige sehen, war ihm bekannt als er Al-Suri und Konsorten freiließ. Den dschihadistischen Terror gegen die syrische Bevölkerung nahm er dafür genauso in Kauf wie Massaker an Alawiten.

Hilfsorganisationen fehlt es an Courage

NIEMAND HÄTTE HUMANITÄRE HILFE NÖTIGER ALS DIE MENSCHEN IN SYRIEN. TROTZDEM WERDEN SIE IM STICH GELASSEN. VON KURT PELDA

Der Horror in Syrien stellt alles in den Schatten, was ich als Kriegsreporter erlebt habe. Was in Syrien fast so schockiert wie die Folterungen und Massaker beider Kriegsparteien ist die zögerliche Reaktion der westlichen Hilfsorganisationen.

Seit 2012 bereise ich die Rebellengebiete Syriens, nie bin ich einer Hilfsorganisation begegnet. Nur am Stadtrand von Aleppo entdeckte ich einmal einen leeren Wasserkanister des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) und seiner lokalen Partnerorganisation, des Syrisch-Arabischen Roten Halbmonds (SARC). Das Elend ist in Aleppo allgegenwärtig. Die Versor-

9,3

Mio. Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen

gung mit Wasser und Strom und die Müllabfuhr sind zusammengebrochen. Die Stadtparks sind abgeholzt und Seuchen breiten sich aus.

Die menschliche Tragödie in Syrien sei die schlimmste seit dem Genozid in Ruanda, sagte António Guterres, der UNO-Flüchtlingskommissar. 9,3 Millionen Menschen sind inzwischen auf humanitäre Hilfe angewiesen, 6,5 Millionen umher und 2,2 Millionen leben als Flüchtlinge im Ausland. Die Zahl der Notleidenden und nicht allein jene der Todesopfer macht das Ausmaß der syrischen Krise aus.

Man stelle sich vor, Syrien wäre mehrheitlich christlich geprägt, zehn Prozent Muslime terrorisierten die christliche Mehrheit. Der Westen würde nicht lange fackeln. Es gäbe eine Flugverbotszone, eine Militärintervention, eine Invasion humanitärer Helfer. Im Westen wurde die Haltung salonfähig, dass Menschenrechte für alle gelten – außer für radikalislamische Eiferer. Die weitverbreitete Meinung zu Syrien lautet: Der Aufstand gegen Assad ist zum Krieg muslimischer Fanatiker gegen ein zwar menschenverachtendes, aber doch auf religiösen Ausgleich bedachtes Regime mutiert. Solche Klischees schlagen sich auch in der humanitären Hilfe nieder.

Die UNO benötigt 2013 12,9 Milliarden Dollar für humanitäre Hilfe weltweit. 4,4 Milliarden davon sollen für Syrien bereitgestellt werden. Im Juli informierte die

Chefkoordinatorin der UNO-Nothilfe, Valerie Amos, dass bisher nur Spendenzusagen für 34 Prozent der geplanten Syrien-Hilfe eingegangen seien. Die restlichen Krisenhilfen sind zu 42 Prozent finanziert. Wenn es um Syrien geht, halten sich die Geber also auffällig zurück.

In der Schweiz ist für humanitäre Hilfe die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) zuständig. 2,8 Mio. Franken (2,3 Mio. Euro) machte die staatliche Hilfe der DEZA für Syrien 2011 aus. 2012 stockte Bern die Hilfe auf 8,3 Mio. Franken (6,8 Mio. Euro) auf. Das war genau gleich viel, wie die DEZA dem Gazastreifen und dem Westjordanland zukommen ließ, wo es nur 2 Millionen registrierte Flüchtlinge gibt. Man kann sich nur schwer des Eindrucks erwehren, dass da mit verschiedenen Ellen gemessen wird.

Die Hälfte der DEZA-Gelder für Syrien fließt dabei in die Nachbarländer zugunsten der Flüchtlinge. Auf Anfrage war die DEZA nicht in der Lage, zu beziffern, wie viel Geld in die Rebellengebiete geht. Dasselbe gilt für die Caritas Schweiz, die Dank ihrer Kirchenkontakte und der Partnerorganisation Jesuit Refugee Service in Syrien wohl eines der lokal am besten verankerten Hilfswerke ist. Seit April 2012 hat die Caritas 5,3 Mio. Franken (4,3 Mio. Euro) ausgegeben, von denen der

6,5

Mio. SyrerInnen sind Flüchtlinge im eigenen Land

Löwenanteil an die Flüchtlinge im Ausland ging und eine halbe Million nach Syrien selbst. Von diesem Betrag wiederum floss nichts in die Rebellengebiete, weil die syrischen Partnerorganisationen der Caritas nur in jenen Regionen tätig sind, die von Regierungstruppen gehalten werden.

Nur wenige Organisationen, unter ihnen Ärzte ohne Grenzen oder Handicap International, sind auf der anderen Seite tätig. Auch das IKRK hilft bisweilen in jenen Gebieten, über die die Regierungstruppen die Kontrolle verloren haben. Mit 101 Mio. Franken (82 Mio. Euro) nur für Syrien selbst reagierte das IKRK adäquat auf die Krise. Jedoch ist das IKRK bei praktisch allem auf den Syrisch-Arabischen Halbmond angewiesen.

Die totale Abhängigkeit des IKRK vom regierungsnahen Ro-

ten Halbmond führt bisweilen zu abstrusen Hilfsaktionen. Wenn das IKRK zum Beispiel Vertriebenen im nordsyrischen Azaz helfen will, ist man gezwungen, einen Konvoi

2,2

Mio. syrische Flüchtlinge leben im Ausland

im Regierungsgebiet zu beladen, der die Front überquert und dabei Kontrollen der Streitkräfte und der Rebellen passieren muss. Dabei könnten die syrischen Vertriebenen gefahrlos von der Türkei aus versorgt werden. Doch dafür erhält das IKRK Assads Erlaubnis nicht.

Die Organisation legt Wert darauf, unparteiisch zu agieren. Die Gelder würden aufgrund der Bedürfnisse der Menschen eingesetzt. Da würde man erwarten, dass man in jenen 60 Prozent von Aleppo, die sich unter Kontrolle der Aufständischen befinden, etwas mehr von dieser Hilfe zu sehen bekäme.

Wenige Hilfswerksvertreter geben Auskunft, warum ihre Organisationen in Syrien und besonders in den Rebellengebieten so knauserig sind. Mark Screeton, International Director des schweizerischen Hilfswerks Medair, erklärt die Zurückhaltung der Gebergemeinschaft damit, dass es schwierig sei, sich auf die Notleidenden zu konzentrieren, wenn so vieles von politischen Überlegungen überlagert werde.

Organisationen wie das IKRK gehen einen Pakt mit dem Teufel ein und helfen lieber auf der Regierungseite, als zu riskieren, von Assad aus dem Land geworfen zu werden. Es wäre nicht das erste Mal, dass ein Diktator seine Zivilbevölkerung als Geisel nimmt, um die internationalen Organisationen zur einseitigen Hilfe zu nötigen. Erinnerungen an den äthiopischen Gewaltherrscher Haile Mariam Mengistu und die große Hungerkrise Mitte der 1980er werden wach.

In ein paar Jahren, wenn man mehr über die syrische Katastrophe wissen wird, dürften sich einige Hilfsorganisationen mit Vorwürfen konfrontiert sehen. Es wird nicht nur heißen, sie hätten in Syrien zu langsam agiert, sondern gegenüber dem Massenmörder Assad auch zu wenig Zivilcourage aufgebracht.

Kurt Pelda ist freier Journalist und Dokumentarfilmer mit Schwerpunkt Naher Osten und Afrika. Die Langfassung dieses Textes erschien in NZZ Folio.

Wie Dschihadisten Nord-Syrien übernehmen

ZUSAMMENGESTELLT VON AKTHAM ABAZID

Im Sommer 2012 zieht sich das Assad-Regime aus der 300.000-Einwohner-Stadt Menbej in der Provinz Aleppo zurück. Bis zum 19. Juli 2012 waren zahlreiche Menschen bei Protesten festgenommen worden. Die Menschen feiern die Befreiung, ein Lokalrat übernimmt die Verwaltung. Doch die Selbstverwaltung wird von Radikalislamisten bedroht. Eine Chronologie.

30. Juli 2012 _ Wegen der Dominanz älterer Männer verlassen Jugendliche den Lokalrat und gründen die Jugend-Organisation YFS. Sie fangen an, Schulen zu sanieren und den Verkehr zu regeln.

Dezember 2012 _ Die radikal-islamistische Jabhat al-Nusra erreicht Menbej, nimmt aber wenig Einfluss in der Stadt.

März 2013 _ Dschihadisten von »Islamischer Staat im Irak und der Levante« (ISIS) sickern ein und versuchen, Einfluss auf den Schulunterricht zu nehmen.

17. Juli 2013 _ ISIS-Soldaten überfallen alle nicht-religiösen Graffiti in der Stadt. AktivistInnen von YFS demonstrieren öffentlich.

August 2013 _ Geschäftsinhaber werden gezwungen, während des Mittagsgebets ihre Läden zu schließen und zur Moschee zu gehen.

13. September 2013 _ ISIS-Brigaden besetzen die Getreidemühle und die Stadtbäckerei, um die Lebensmittelverteilung zu kontrollieren. Ein Versuch zur Befreiung schlägt fehl, mehrere Menschen sterben.

20. September 2013 _ Jabhat al-Nusra & ISIS fordern vom Lokalrat eine verpflichtende Verschleierung für Frauen. Trotz Proteste kooperieren konservative Stammesführer.

15. Oktober 2013 _ ISIS errichtet Checkpoints rund um Menbej. Berichten zufolge werden alle festgenommen, die Fragen nach Details sunnitischer Gebetspraxis nicht richtig beantworten.

November 2013 _ Der Koordinator von YFS wird von ISIS zum Feind erklärt, weil er den Dschihadisten nicht die Treue schwört. Er muss für mehrere Tage über die türkische Grenze fliehen. AktivistInnen nehmen nach dem Abzug des Regimes wieder Pseudonyme an, um sich vor Verfolgung zu schützen. Sie bauen ein Zentrum auf, um zivilgesellschaftliche Arbeit zu stärken.

→ FORTSETZUNG VON SEITE I

Dschihadisten schützen. Diese strömen massenweise ungehindert über die Türkei ins Land, um dort kleine Gottesstaaten zu errichten.

Alle Facetten eines zerfallenden Landes treten immer deutlicher zutage. Schlimmer hätte sich der Aufstand in Syrien kaum entwickeln können. Und die Frage nach einem Gewinn stellt sich nicht mehr – erst recht nicht für die zivile Bewegung.

Hier könnte die Analyse enden: Ein Aufstand, der als Fest der Demokratie begann und in einer Katastrophe stirbt.

Aber die Realität in Syrien ist anders, vielschichtiger – erst recht für die zivile Bewegung. Denn trotz aller Übermacht der Bewaffneten und trotz der allgegenwärtigen Tragödie sind den Menschen im Land die neuen Erfahrungen nicht mehr zu nehmen: Das Gefühl der kollektiven Selbstermächtigung und der Wille zur Mitgestaltung haben sich in einer Bevölkerung festgesetzt, die jahrzehntelang nur Objekt, nicht Subjekt der Politik war. Und selbst wenn der zivile Widerstand nur noch eine untergeordnete Rolle in der Auseinandersetzung um den Präsidentenpalast spielt, ist ihr Einfluss nicht mehr zurückdrehbar. Die Zukunft der syrischen Gesellschaft hat im Lokalen begonnen.

Inmitten des Chaos, selbst dort, wo täglich Bomben fallen, kümmern sich die zivilen AktivistInnen nicht nur um das Überleben. Sie schaffen gesellschaftliche Strukturen: Sei es die Schule in Erbin, die genauso ohne Lehrbücher aus der Assad-Ära wie ohne Religionsunterricht auskommt. Oder die Bibliothek in den seit über einem Jahr umkämpften Vororten von Damaskus, wo sich die Menschen mit etwas anderem als der alltäglichen Gewalt beschäftigen können. Der Friedensmarathon, dessen LäuferInnen Wohngebiete verschiedener Religionen und Ethnien durchque-

ren; die unabhängige Stadtverwaltung, die trotz Beschuss für Wasser, Strom und Müllabfuhr sorgt.

Wie stark der Aufstand das Bewusstsein der Menschen geprägt hat, zeigt sich dort, wo es neue Formen der Unterdrückung gibt. Anstatt zu schweigen, riskieren AktivistInnen wieder ihr Leben, um den neuen Terror zu dokumentieren und zu kritisieren, etwa die Grausamkeiten der Dschihadisten im Norden des Landes.

Ihre Zukunft organisieren die SyrerInnen jetzt selbstständig. Zum einen, weil sie nicht wissen, wie lange der Konflikt andauern wird; zum anderen, weil sie inzwischen Gewissheit haben, dass die Hilfe der internationalen Gemeinschaft nicht mehr kommt. Lange genug haben Menschen in den abgeriegelten Vororten von Damaskus auf die humanitären Güter der großen Hilfsorganisationen gewartet. Doch nun sind es ihre eigenen Suppenküchen, die in solidarischem Austausch die Bedürftigen mit dem versorgen, was sie noch durch die Linien des Regimes geschmuggelt bekommen.

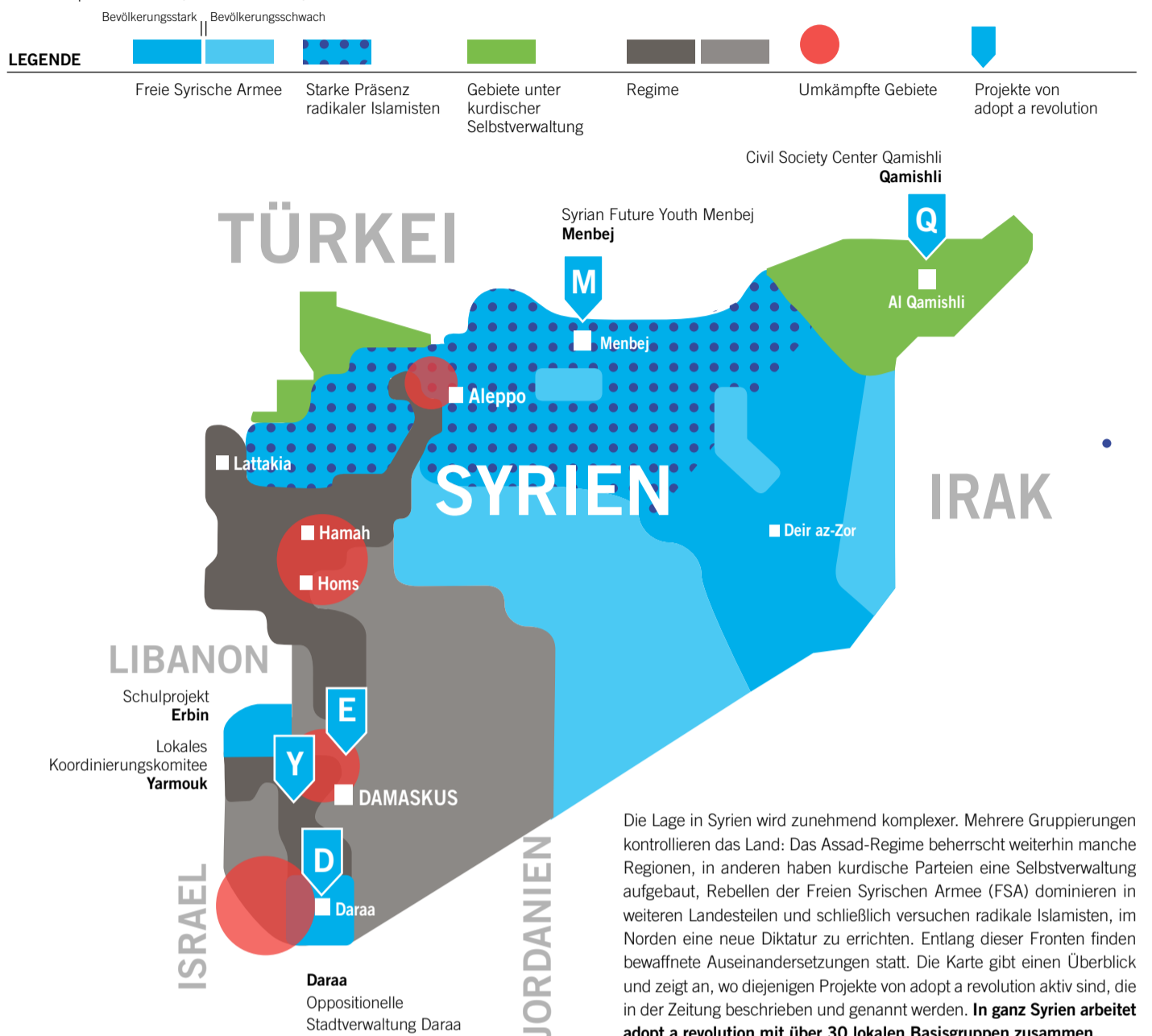
Es wäre fatal und würde die Zukunft Syriens aufgeben, würden wir mit der Analyse des verlorenen Aufstands enden. Als adopt a revolution haben wir die aktivistischen Gruppen an der Basis der syrischen Gesellschaft seit Anfang 2012 darin unterstützt, Verfolgte zu verstecken und die Verbrechen des Regimes zu dokumentieren. Als um sie herum alle zu den Waffen griffen, haben wir sie in ihren Projekten gegen eine Eskalation bestärkt. Und auch wenn die schwierige und widersprüchliche Lage die Zusammenarbeit grundlegend verändert hat, wollen wir weiter ihre Prozesse der Selbstorganisation stärken.

Mit lokalen Projekten arbeiten syrische AktivistInnen an der Zukunft ihres Landes. Es ist nicht die Zukunft geworden, die sie sich erstreiten wollten. Aber es ist die beste Zukunft, die sie noch erreichen können.

Komplexes Syrien

EIN ÜBERBLICK ÜBER DIE LAGE IM LAND NACH FAST DREI JAHREN AUFSTAND
ZUSAMMENGESTELLT VON JULIA NICKSCH UND ANDRÉ FIND

Karte: adopt a revolution (Stand Dez. 2013)



Die Lage in Syrien wird zunehmend komplexer. Mehrere Gruppierungen kontrollieren das Land: Das Assad-Regime beherrscht weiterhin manche Regionen, in anderen haben kurdische Parteien eine Selbstverwaltung aufgebaut, Rebellen der Freien Syrischen Armee (FSA) dominieren in weiteren Landesteilen und schließlich versuchen radikale Islamisten, im Norden eine neue Diktatur zu errichten. Entlang dieser Fronten finden bewaffnete Auseinandersetzungen statt. Die Karte gibt einen Überblick und zeigt an, wo diejenigen Projekte von adopt a revolution aktiv sind, die in der Zeitung beschrieben und genannt werden. **In ganz Syrien arbeitet adopt a revolution mit über 30 lokalen Basisgruppen zusammen.**

Die Zivilgesellschaft stärken – Soziokulturelle Zentren aufbauen

ÜBER DAS CIVIL SOCIETY CENTER IN QAMISHLI VON ANDRÉ FIND

Auch im kurdisch geprägten Nordosten Syriens ist seit Beginn des Aufstands eine überaus vielfältige und aktive Zivilgesellschaft entstanden. Doch in der 200.000-Einwohner-Stadt Qamishli dominieren die traditionellen Parteien, zusammenschlossen im Hohen Kurdischen Rat. Das Assad-Regime hat seine Kräfte aus der Region weitgehend abgezogen und konzentriert sich nur noch auf ein kleines Gebiet im Stadtzentrum. Trotz ökonomischem Mangel und anhaltender politischer Unsicherheit gilt die Region als stabilste in Syrien.

Frauengruppen oder Studierende stehen dennoch vor großen Herausforderungen, wenn sie Diskus-

sionsrunden veranstalten oder Straßenaktionen organisieren wollen. Die weitgehende politische Freiheit ermöglicht zahlreichen Gruppen, mit Projekten Diskussionen über eine offene, demokratische und pluralistische Gesellschaft anzustoßen. Jüngst fand etwa ein Friedenslauf durch die Wohngebiete verschiedener Bevölkerungsgruppen statt. Doch solchen Initiativen fehlen häufig so einfache Dinge wie Internetzugang, ein Raum für Treffen oder kleine finanzielle Beiträge für die Projekte.

Genau dies bietet jetzt ein zivilgesellschaftliches Zentrum an.

Erfahrene AktivistInnen bauen es in Kooperation mit adopt a revolution an der Grenze zwischen assyrischem, arabischem und kurdischem Wohnviertel auf. In angemieteten Räumen finden auf Initiative des

Ein Zentrum mit demokratischen, toleranten und transparenten Strukturen

Zentrums Begegnungen, Kurse und Diskussionsrunden sowohl zwischen aktiven Gruppen als auch für die breite Bevölkerung statt.

Grundsätzlich steht das Zentrum allen offen, die sich an die Satzung halten, die demokratische, tolerante und transparente Strukturen vorschreibt.

Neben dem lokalen Austausch

versucht das Zentrum, eine überregionale Diskussion über konfliktbewältigende Arbeit herzustellen. Denn der Fokus vieler Gruppen begrenzt sich auf die lokale Ebene. Das Zentrum stellt nun einen Erfahrungsaustausch mit Regionen her, wo andere Rahmenbedingungen herrschen. Etwa mit Menbej, wo sich säkulare dem wachsenden Einfluss dschihadistischer Gruppen entgegenstellen, und Erbin, wo die Assad-Armee täglich bombardiert. In beiden Orten sind ähnliche Zentren entstanden.

Das Projekt zum Aufbau des zivilgesellschaftlichen Zentrums erfolgt mit finanzieller Förderung des Instituts für Auslandsbeziehungen.

Das Regime ist nicht der Staat

ÜBER DIE OPPOSITIONELLE STADTVERWALTUNG IN DARAA VON ZAIDOUN ALZOABI

Jeden Morgen erkundigt sich Mutasem Mahamid* ausführlich per Telefon, wo es an diesem Tag Arbeit gibt: Wie stark ist der Beschuss in der Nachbarschaft? Weiß einer der Kollegen bereits, ob das Stromnetz beschädigt oder zerstört wurde?

Der 27-jährige Elektriker ist von diesen Informationen abhängig. Gemeinsam mit seinen Kollegen ist er für die Stromversorgung der 200.000-Einwohner-Stadt verantwortlich. »Wir arbeiten meistens in Gebieten, die kurz zuvor schwer bombardiert wurden. Es besteht

dabei immer die Möglichkeit, dass in unmittelbarer Nähe wieder etwas einschlägt«, erklärt Mahamid die Gefahren seines Berufs. »Doch das gilt für alle Menschen in Daraa.« Dort, an der Grenze zu Jordanien, begann im März 2011 der Aufstand gegen die Assad-Diktatur. Heute bekämpfen sich in der Stadt Regimekräfte und die Freie Syrische Armee.

Mit Zunahme der Kämpfe brach die öffentliche Versorgung zusammen, bis im Februar 2013 eine oppositionelle Stadtverwaltung gegründet wurde. Mittlerweile ist sie für den Großteil der Infrastruktur zuständig: den Betrieb der Wasser- und Strom-

netze genauso wie die Straßenreinigung, die Müllentsorgung, die Organisation der Feuerwehr sowie das einzige verbliebene Krankenhaus.

Dr. Jumana Alhorani* ist Ärztin und Vorstandsmitglied der Kommission für zivile Verteidigung in Daraa. »Unser Ziel ist, die öffentliche Versorgung in Gang zu halten. Wir wollen zeigen, dass es einen Unterschied gibt zwischen Regime und Staat«, erklärt sie. »Zudem bezahlen wir die Arbeiter wieder, wenn auch nur ungefähr 60 Euro pro Monat. Aber die Entlohnung ist ungemein wichtig, denn sie gibt den Menschen ihre Würde zurück.«

Mahamid lebt mit Frau und drei Kindern am Stadtrand von Daraa. »Wenigstens kann ich den Lebensunterhalt für meine Familie bestreiten. Wir können in unserer Heimatstadt bleiben und müssen nicht in einem Flüchtlingslager jenseits der Grenze leben.« Er beschreibt, wie die Kommission den Zusammenhalt in der Stadt stärkt: Auch BewohnerInnen, die weiterhin das Regime unterstützen, schätzen die Arbeit der Kommission.

* Die Namen sind geändert.

Wir wollen Normalität schaffen

INTERVIEW MIT SAMI AUS ERBIN, DAMASKUS

Ihr wart mit als Erste am Ort der Chemiewaffen-Angriffe im Sommer 2013. Eure Bilder sind um die Welt gegangen. Was hat das verändert?

Früher haben wir viel Medien- und Dokumentationsarbeit gemacht. Die Bilder von den Giftgasopfern wurden in allen Zeitungen abgedruckt. Doch die täglichen Kriegsverbrechen mit Luftangriffen auf Wohngebiete interessieren niemanden mehr. Wir versuchen weiterhin, die Verwundeten zu versorgen, die Traumatisierten zu betreuen. Aber Hilfskonvois wird keiner schicken.

An welchen Projekten arbeitet ihr derzeit?

Wir haben in Erbin acht Schulen mit 200 LehrerInnen für 4.000 SchülerInnen aufgebaut. Dazu eine Bibliothek, die zusätzlichen Sprachunterricht und psychologische Unterstützung für Kinder anbietet. Für Erwachsene gibt es ein Zentrum mit politischem und kulturellem Programm. Auf humanitärer Ebene unterstützen wir das Untergrundkrankenhaus logistisch und betreiben eine Gemeinschaftsküche. Sie versorgt täglich 10.000 Menschen mit dem, was wir trotz Belagerung noch organisieren können.

adopt a revolution unterstützt die Projekte des Komitees in Erbin seit Herbst 2012 und die Schulprojekte des Komitees seit Juni 2013 in Kooperation mit medico international. Sami ist Aktivist im Komitee.

Eure Stadt wird täglich beschossen und es gibt viele Bewaffnete. Was erreicht ihr mit eurer zivilen Arbeit?

Wir wollen das zivile Leben aufrechterhalten und den Menschen etwas Normalität bieten. Es macht viel aus, dass die Kinder wieder zur Schule gehen. Zudem können wir das Feld nicht den Bewaffneten überlassen. Ob die wirklich eine demokratische Zukunft aufbauen können, bezweifeln wir.

Wobei braucht ihr am meisten Unterstützung?

Es geht um zivile Strukturen, die trotz Belagerung langfristig bestehen können; etwa die Wasserversorgung. Im 21. Jahrhundert können wir uns nicht zurück ins Mittelalter katapultieren lassen, mit Hunger und ansteckenden Krankheiten. Das ist Teil des täglichen Überlebens.

Habt ihr angesichts der Lage noch Hoffnung?

Es ist nicht einfach, weiter zu hoffen. Aber wenn ich zurückdenke an die Zeit vor der Revolution, muss ich sagen: Wir sind viel weiter gekommen, als ich jemals geträumt hätte.

Interview: André Find



DAS AUSMASS DER HUMANITÄREN KATASTROPHE: VON 23 MILLIONEN SYRERINEN SIND FAST 9 MILLIONEN AUF DER FLUCHT.



»DIE REVOLUTION IST IM HERZEN. ICH MACHE WEITER, AUCH WENN SIE MIR DIE JUGEND RAUBT.«



»WEDER INTERNET, TELEFON, FLÜGE, WASSER, STROM, GAS, BENZIN, HEIZUNG, MEDIZIN NOCH NAHRUNGSMITTEL - WILLKOMMEN IN SYRIEN.«

Kein Grundrecht auf Asyl

EIN KOMMENTAR ZUR FLÜCHTLINGSPOLITIK VON BARBARA BLAUDZUN UND ANSAR JASIM

Kürzlich ermahnte das Europäische Parlament die EU-Mitgliedstaaten, sich ein Beispiel an Deutschland und Schweden zu nehmen und ebenfalls syrische Flüchtlinge aufzunehmen. Denn im europäischen Vergleich steht Deutschland gar nicht einmal so schlecht da mit 5.000 Kontingentflüchtlingen, die hier Aufnahme finden sollen. Trotzdem gilt: Angesichts der über zwei Millionen Flüchtlinge in den deutlich ärmeren Nachbarländern Libanon, Jordanien, Türkei und Irak scheint die Aufnahme von 5.000 Menschen wie ein schlechter Witz.

Noch problematischer ist die Regelung in Bezug auf politisches Asyl. Denn grundsätzlich gilt das Asylrecht für alle Menschen, die aufgrund ihrer Meinung verfolgt werden. Doch als adopt a revolution vor Kurzem beim Auswärtigen Amt anfragte, ob dem studentischen Aktivist Dschigarkhin Ahmad Asyl gewährt werden könne, da ihm vor

einem Militärgericht in Damaskus die Todesstrafe droht, war die Antwort ablehnend. Das Kontingent sei bereits erschöpft, die Liste mit den Namen derjenigen, die aufgenommen werden, ermittelt.

Deutschland begrüßt zwar den Kampf der AktivistInnen um Freiheit und Demokratie. Ein Grund, sie deshalb vor den Folterknästen des syrischen Regimes zu bewahren, ist das offenbar nicht. Denn das Kontingent von 5.000 Personen gilt für Bürgerkriegsflüchtlinge und hat nichts mit dem Grundrecht auf politisches Asyl gemein.

Viele AktivistInnen drohen längst zwischen radikalen Islamisten und Regime zerrieben zu werden. Häufig inhaftieren dschihadistische Kämpfer dieselben Menschen, die gerade dem Regime entkommen sind. Dieser doppelten Gefahr ausgesetzt, versuchen immer mehr AktivistInnen das Land zu verlassen. In deutschen Botschaften können sie

jedoch kein Asyl beantragen, weshalb die Flüchtenden gezwungen sind, sich auf illegalem Weg nach Deutschland aufzumachen.

Selbst wenn sie es hierher schaffen, reicht ihre politische Tätigkeit den Behörden oft nicht als Beweis, dass sie verfolgt waren. Der Aktivist Talal Shahrour engagierte sich im aufständischen Damaszener Viertel Yarmouk bei der Versorgung von Flüchtlingen und Verletzten. Dem Assad-Regime gilt selbst solche humanitäre Arbeit als Verrat, weshalb immer wieder AktivistInnen in Haft zu Tode gefoltert werden. Diesem Schicksal wollte Talal entgehen und floh nach Deutschland.

Doch trotz zahlreicher Zeugen für sein Engagement in Syrien und trotz der offensichtlichen Gefahr für humanitär tätige AktivistInnen bekam Talal bisher kein politisches Asyl. In der Folge darf er nicht arbeiten, kann keinen Deutschkurs besuchen und den ihm zugeteil-

ten Wohnort nicht ohne Sondererlaubnis verlassen. Auch anderen Menschen, die in Syrien wegen ihres Engagements im Aufstand im Gefängnis saßen, wird lediglich eine Duldung ausgesprochen – und damit der Nachzug der Familie verhindert.

Inzwischen bekommen SyrerInnen, die es nach Deutschland schaffen, relativ schnell eine Aufenthaltsgenehmigung, wie Flüchtlingsräte bestätigen, »aber wer nicht gerade seine Folterakte dabei hat, kann kein Asyl aus politischen Gründen bekommen«. Für die AktivistInnen bedeutet das häufig, dass sie hierzulande in ihren Flüchtlingsunterkünften leben müssen. Dort sind sie zwar sicher, doch ein Raum für sinnvolle Aktivitäten, etwa die Unterstützung ihrer in Syrien zurückgebliebenen FreundInnen oder Verwandten, ist das nicht. So leiden viele nicht nur unter Langeweile, hinzu kommen quälende Schuldgefühle.

Eingeschlossen

ÜBER DAS LEBEN DERER, DIE SICH EINE FLUCHT NICHT LEISTEN KÖNNEN.

INTERVIEW MIT ABDALLAH AL-KHATIB, DAMASKUS

Wie hat sich die Belagerung eures Stadtviertels entwickelt?

Die erste Phase war eine »Teilbelagerung« für sieben Monate. Es gab Kontrollposten an den Aus- und Eingängen von Yarmouk. Jede Familie durfte nur eine Tüte Brot, ein Kilo Tomaten oder ein Kilo Reis hinein bringen. Seit August leben wir in der zweiten Phase, einer kompletten Belagerung. Nun ist es gänzlich verboten, Nahrungsmittel einzuführen. Niemand darf mehr in unseren Stadtteil kommen oder ihn verlassen.

Früher hatte das Camp Yarmouk rund 150.000 Bewohner. Wer lebt heute noch dort?

Heute leben hier nur noch 20.000 Personen, darunter 4.000 Kinder. Alle, die jetzt noch da sind, stammen aus Yarmouk. Es sind all jene, die keine andere Wahl haben, außer hier zu bleiben. Einige sind auf die eine oder andere Weise in die Revolution verstrickt: Zivilisten, aber auch Mitglieder bewaffneter Rebellengruppen. Außerhalb des Camps würden sie sofort festgenommen werden. Und es gibt eine Gruppe von Menschen, die einfach zu arm ist, um gehen zu können.

Wie wirkt sich die dauerhafte Belagerung aus?

Der Alltag im Lager hat sich sehr verändert. Es herrscht kaum noch Verkehr, Läden und Märkte sind geschlossen. Wir werden täglich zwischen 60 und 100 Mal mit Raketen und Mörsern beschossen. Für die meisten bleibt die einzige Bewegung des Tages, die Kinder zur Schule zu bringen. Wir haben sechs alternative Schulen eingerichtet, in denen Unterricht von der ersten Klasse bis zum Abitur angeboten wird.

Wie ist die Stimmung unter der Bevölkerung angesichts des Mangels?

Die Zerstörung, der Tod und das tägliche Blut haben die Menschen hier einander nähergebracht. Vor

allem unter den ärmeren Menschen gibt es gelebte Solidarität. In vielen Häusern, in denen mehrere Familien wohnen, wird das Essen geteilt. Das Beisammensein hilft, Ängste und Sorgen zu teilen. Unsere Arbeit basiert vor allem auf der Organisation einer umfassenden Solidarität. Wenn Leute zu uns kommen, die überhaupt kein Essen mehr haben, suchen wir andere Familien, die vielleicht noch ein wenig mehr Linsen besitzen.

Welche Gruppen sind in Yarmouk noch aktiv?

Das UN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) und auch die PLO haben die Leute in Yarmouk im Stich gelassen. Es gibt aber unzählige kleinere Gruppen, die Nachbarschaftshilfe leisten und quasi Aufgaben des Staates und der Gemeindeverwaltung übernommen haben. Die Auswirkungen der Blockade verlangen die Kraft aller zivilgesellschaftlichen Gruppen.

Wie kann Hilfe aus Europa aussehen?

Druck auf die eigenen Regierungen ausüben. Wir wollen keine militärische Intervention, aber wir wollen, dass die UN ihre humanitäre Aufgabe erfüllt. Ausländische Hilfsorganisationen sollten gezielt syrische Gruppen unterstützen. Nur wer in Syrien lebt, kann ein Bild von der realen Lage geben und vermitteln, wie eine weitere Unterstützung tatsächlich effektiv werden kann.

Abdallah al-Khatib (26) leistet im Damaszener Stadtteil Camp Yarmouk Gemeindegarbeit. Der Bezirk im Süden der syrischen Hauptstadt wird seit Monaten durch das Assad-Regime beschossen und gemäß der Taktik »Hunger oder Kapitulation« abgeriegelt.

Interview: Ansar Jasim. Die Langform dieses Interviews ist im medico-Rundschreiben 04/13 erschienen.

Was ist adopt a revolution?

DIE INITIATIVE FÜR DIREKTE SOLIDARITÄT MIT DER SYRISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT STELLT SICH VOR

Seit Ende 2011 unterstützt adopt a revolution die syrische Zivilgesellschaft in ihrem Aufstand gegen die Assad-Diktatur. Unsere Initiative möchte praktische Solidarität ermöglichen, die auf der großen Sympathie für die junge arabische Protestbewegung aufbaut. Durch die Übernahme von Revolutionspatenschaften können Menschen die Ziele des Aufstands in Syrien stärken, indem sie – nach Möglichkeit monatlich – finanziell zur Arbeit der zivilen Basisbewegung beitragen. Im Gegenzug bekommen sie regelmäßig Informationen über die Situation vor Ort, die wir in engem Kontakt mit den AktivistInnen sammeln. Rund 500.000 Euro von mehr als 2.300 Menschen sind auf diesem Weg schon für die zivile Aufstandsbewegung zusammengekommen, womit adopt a revolution



DAS TEAM VON ADOPT A REVOLUTION

hierzulande zu den größten Spendenprojekten für Syrien zählt.

Nachdem das Assad-Regime die Kontrolle über Teile des Landes verloren hat, bedrohen nun dschihadistische Kämpfer die zivilen AktivistInnen. Deren Arbeit wird immer bedeutsamer, denn die Basisgruppen bereiten den Boden für eine demokratische Gesellschaft. Im ganzen Land gibt es Projekte, die das zivile Leben sicherstellen und den Dialog zwischen verschiedenen Ethnien und Konfessionen

voranbringen. Die mutigen AktivistInnen, die zuvor vorrangig die Proteste gegen das Assad-Regime getragen haben, sind weiterhin unsere PartnerInnen in Syrien.

Solidaritäts- und Öffentlichkeitsarbeit für die syrische Zivilgesellschaft bildet die zweite Säule der Arbeit von adopt a revolution. Damit lenken wir den Blick auf diejenigen, die das zivile Rückgrat des Aufstands gegen Folter, Diktatur, Unfreiheit und religiösen Fanatismus bilden. In unserem Blog berei-

ten wir Berichte der Basisbewegung auf und versuchen, ein besseres Verständnis dafür zu schaffen, was den Konflikt in Syrien ausmacht. Durch Aufrufe wollen wir eine breite Öffentlichkeit erreichen; mit Medien- und Informationsarbeit geben wir denjenigen eine Stimme, die tagtäglich mit ziviler Arbeit versuchen, eine syrische Gesellschaft der Würde, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte aufzubauen.

IMPRESSUM Herausgeber: about:change e.V., Klingenstr. 22, 04229 Leipzig info@adoptrevolution.org, www.adoptrevolution.org; **V.i.S.d.P.:** André Find, Klingenstr. 22, 04229 Leipzig

Redaktion: Barbara Blaudzun, André Find, Julia Nicksch, Elias Perabo, Hannah Wettig, **Fotos:** Alle Bilder, soweit nicht anderweitig gekennzeichnet, von syrischen AktivistInnen; **Grafik:** sichtigtagation.de

Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst.

Helfen Sie mit. Stärken Sie die syrische Zivilbewegung!

Inmitten militärischer Auseinandersetzungen und humanitärer Katastrophen bauen lokale Initiativen schon jetzt an der Zukunft des Landes. Gegen Radikalislamisten wehren sie sich genauso wie gegen die Assad-Diktatur – mit unbewaffneten Protestaktionen, gegenseitiger solidarischer Unterstützung und der Übernahme ziviler Verwaltungen. Die syrische Basisbewegung braucht Unterstützung!

SPENDENKONTO:
ABOUT.CHANGE E.V.
KONTO: 9671002100
BLZ: 86020500
(BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT)
IBAN: DE11860205009671002100
BIC: BFSWDE33LPZ

Spenden an about:change e.V. sind steuerlich absetzbar

Ich werde RevolutionspatIn. Ich ermächtige about:change e.V., den folgenden Betrag von meinem Konto durch Lastschrift einzuziehen. Eine regelmäßige Spende kann ich jederzeit per Email beenden. Spenden an about:change e.V. sind steuerlich absetzbar.

Ich unterstütze die syrische Zivilgesellschaft mit

einmalig monatlich

10 € 20 € 50 € 100 €

Anderer Betrag: _____ €

Bitte Spendenquittung zusenden.

Bankverbindung:

Konto: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Ihre Adresse

Vorname: _____

Nachname: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Email: _____

(für Berichte aus Syrien)

Unterschrift, Datum, Ort

Bitte zurücksenden an:

about:change e.V.
Klingenstr. 22
04229 Leipzig

